

Er scheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatlich 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abbestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postämter 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbefreiung 1 Mk. 40 Pf. Sprechanlagen der Redaktion 11-12 Uhr Vorm. Kettlergasse Nr. 4. XVI. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land. Organ für Jedermann aus dem Volke.

Inseraten - Kabinett Kettlergasse Nr. 4. Die Expedition ist zur Aufnahme von Inseraten Sonntags von 8 bis Nachmittags 7 Uhr geöffnet. Anzeigen - Kabinett in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. 12, Rudolf Wiese, Hansenfeld und Bogler, R. Steiner, G. S. Baube & Co. Inseratenpreis für 1 halbes Blatt 20 Pf. Bei größeren Aufträgen u. Wiederholung Rabatt.

Das Anebelgesetz,

das in Gestalt der Vereinsgesetznovelle dazu bestimmt ist, unser Vereins- und Versammlungsrecht zu verkümmern und unser ganzes politisches Leben der Willkür der Polizei zu unterstellen, findet Gnade zwar nur bei den Conservativen, aber, wir wiederholen, bei der großen Stärke dieser Partei im Abgeordnetenhaus ist die Situation keineswegs so, daß man mit Sicherheit auf die Ablehnung der Vorlage rechnen darf. Die Neumann'sche „Zeit“ meint, es gehöre ein ungläubliches Maß von Naivetät dazu, um anzunehmen, daß die Nationalliberalen förmlich ohne weiteres mit Nein stimmen würden. Demgegenüber ist folgende Meldung zu verzeichnen:

Berlin, 15. Mai. (Tel.) Das offizielle Fraktionsorgan der Nationalliberalen, die „Nationalliberale Correspondenz“, schreibt abermals: Daß das Abgeordnetenhaus die Vorlage zurückweist, ist für uns jetzt — wir wiederholen es — außer allem Zweifel. Auf nationalliberaler Seite liegt die Entscheidung, und man ist sich der Pflicht voll bewußt, die Sache des gebildeten staats-treuen Bürgerthums zu führen.

Die nationalliberale „Königliche Zeitung“ wendet sich in ihrer Besprechung der Novelle mit scharfen Worten gegen die Umgebung des Kaisers, deren Ziel es sei, Gegensätze zwischen Kaiser und Regierung zu schaffen oder schon bestehende zu erweitern, um die ihr verhafteten begabten Staatsmänner zu stürzen und sich der Staatsleitung zu bemächtigen. Erleichtert werde dieses Intriguenpiel durch den Umstand, daß der Kaiser von Männern aus junkerlichem Milieu umgeben sei, welche die hochherzigen Ideen des Monarchen nicht verstehen, während die Staatsmänner, welche die Ideen des Monarchen verantwortlich auszuführen haben, nur eine oberflächliche persönliche Fühlung mit dem Monarchen besitzen und den dauernden Einfluß der Umgebung des Kaisers zu bekämpfen haben. Wie mit der Zufallsbringung der Marineforderungen, indem man durch Verschlebung extremer Forderungen im Lande ein Grauen vor den uferlosen Plänen erregte, so mit dem Verhalten des Freiherrn v. Marschall anlässlich der Tauch-Affaire suchten die Intriganten auch bei der Vereinsnovelle den Conflictstoff zu vermehren. Aus manchen auffälligen Aeusserungen müsse man herauslesen, welche große Macht in den leitenden Kreisen die Vorstellung besitze, es werde notwendig sein, eine socialistische Volkserhebung mit bewaffneter Macht eines Tages niederzuschlagen. Bei dieser Vorstellung habe jene Gruppe mit großem Nachdruck eingegriffen und neue Verwirrung angerichtet. Mit der Vorlage werde man soviel Unzufriedenheit erwecken, daß der Schaden, den man zu verhindern glaube, damit kaum in Vergleich gestellt werden könne.

Wir zweifeln nicht an der Aufrichtigkeit dieser Versicherung, die dem hohen Ernste der Lage durchaus entspricht. Seit langen Jahren ist keine Entscheidung von so schwerwiegender Bedeutung den Nationalliberalen in die Hand gegeben, oder vielmehr jedem einzelnen Mitgliede der Partei. Denn es kommt eben alles darauf an, daß die Partei durchaus geschlossen der Parole der Parteileitung folgt. Geht auch nur eine kleine Gruppe rechtswärts, dann ist die Saladt verloren, dann triumphirt die Reaction, deren Vertreter es natürlich nicht an Versuchen aller Art fehlen lassen und auch weiterhin alles aufbieten werden, so viel Mitglieder vom rechten Flügel der Nationalliberalen auf ihre Seite zu ziehen, als zur Mehrheit für die Vorlage nötig sind. So laßt das offizielle Fraktionsorgan der conservativen Partei, die „Conservative Correspondenz“, in ihrer heutigen Ausgabe:

Eine neue Augenklinik in Danzig.

Als im vergangenen Jahre die granuloöse Augenkrankheit in unserer Provinz epidemisch auftrat, machte sich in sehr fühlbarer Weise das Fehlen einer den Bedürfnissen der modernen Wissenschaft entsprechenden Augenklinik geltend. Es blieb weiter nichts übrig, als diejenigen Patienten, bei denen die Krankheit schon so weit fortgeschritten war, daß eine klinische Behandlung für notwendig erachtet wurde, nach der Universitätsklinik in Königsberg zu überführen. Hierdurch sind natürlich bedeutende Transportkosten entstanden, die dadurch noch erhöht wurden, daß Augenleidende während der Reise in den meisten Fällen eines Begleiters bedürfen. Seit Geltung des Unfallversicherungsgesetzes ist ferner bei den Berufsgenossenschaften immer mehr die Erkenntniß durchgedrungen, daß sie finanziell besser fahren, wenn sie ihre Verletzten rechtzeitig in klinische Behandlung geben und auf diese Weise häufig eine volle Heilung erzielen, während sie andererseits hohe Renten hätten zahlen müssen. Vor allem gilt dieses von Verletzungen der Sehwerkzeuge, bei denen bei schneller Hilfe und sachgemäßer Behandlung die größten Erfolge erzielt worden sind. Daß dieser Mangel einer provinziellen Augenklinik nicht scharfer hervorgetreten ist, verdanken wir wohl in erster Linie der musterhaft geleiteten Privatklinik des Herrn Dr. Schneller, nach welcher Leidende aus der ganzen Provinz zusammenströmen.

Nach dem Tode dieses ausgezeichneten Arztes ist zwar seine Klinik von seinem früheren Assistenten Herrn Dr. Wallenberg in derselben Weise weiter fortgeführt worden, doch sind die Anforderungen gerade in dem letzten Jahre der-

Daß die Centrumsblätter und derjenige Theil der nationalliberalen Presse, welcher sich durch die „National-Zeitung“ und die „Nationalliberale Correspondenz“ beeinflussen läßt, ebenfalls grundsätzlich sich gegen die Vorlage erklären, ist nicht recht ersichtlich. Specieil die Behauptung, daß der Entwurf „ultra-reactionär“ sei, daß er die Vereinsfreiheit „anebele“, daß er beherrschbare Bestimmungen enthalte, durch welche jedes Vereinsleben vernichtet werden würde, ist grundlos und thöricht. Jedenfalls ist eine so schroffe Stellungnahme, wie sie in der oben erwähnten Presse bemerkbar ist, noch gar nicht angebracht, und namentlich von demjenigen Theile der Nationalliberalen, der mit uns die Bekämpfung der Socialdemokratie, die Se. Majestät der Kaiser und König wiederholt als erste politische Aufgabe bezeichnet hat, sich angelegen sein lassen will, ist doch wohl zu erwarten, daß er mit objectiver Ruhe und ohne dem demokratischen Geschrei Concessionen zu machen, in die Berathung der Vorlage eintreten werde.

„Bekämpfung der Socialdemokratie“ — dieses Schlagwort, mit allerhand sonstigen nationalen und königstreuen Wendungen verbrämt, wird auf der reactionären Seite die Hauptrolle spielen. Aber wen will man damit täuschen? Sprängt es nicht selbst einem politischen Rinde in die Augen, daß mit solchen Kaufschuhparagrafen, wie sie die Vorlage enthält, nicht nur die Socialdemokraten, sondern auch alle anderen, nicht mit der Regierung resp. mit der Polizei übereinstimmenden Parteien einfach mundtot und damit so gut wie vernichtet werden können?

In diesem einen Punkte ist denn doch die „Dtsch. Tageszeit.“ offener und ehrlicher, indem sie das Bedenkliche der Kaufschuhparagrafen anerkennt und kritisch bemerkt:

Sehen wir uns die beiden Begriffe: „öffentliche Sicherheit“ und „öffentlicher Friede“ etwas näher an. In den landrechtlichen Bestimmungen ist der Polizei die Wahrung der öffentlichen „Ruhe und Ordnung“ zur Pflicht gemacht. Der Begriff: „öffentliche Ruhe“ ist hier durch „öffentliche Sicherheit“ ersetzt und durch die hinzuliegende „insbesondere die Sicherheit des Staates“ näher erklärt. Unter öffentlicher Ruhe und Ordnung mußte man die Aufrechterhaltung der öffentlichen politischen Ordnung und bürgerlichen Ruhe verstehen. „Sicherheit“ ist denn doch etwas anderes. — Noch bedenklicher, noch mehrdeutiger ist der Begriff: „öffentlicher Friede“. Unser ganzes politisches Leben ist Kampf und wird Kampf bleiben. Jede politische Versammlung, wenn sie anders eine Versammlung politischer Männer ist, wird Kampfszene ansetzen müssen. Ohne solche Kämpfe ist das ganze politische Leben faul und schlapp. Daß aber jeder, auch noch so sachlich geführte Kampf den „öffentlichen Frieden“ in gewissem Sinne gefährdet, ist selbstverständlich. Es muß also von vornherein jede Möglichkeit ausgeschlossen werden, daß etwa eine solche „Gefährdung des öffentlichen Friedens“ unter das Gesetz fällt. Geschieht das nicht, dann kann eine solche Bestimmung unser gesamtes politisches Leben erlöden. Das muß unter allen Umständen vermieden werden.

Wir freuen uns, auch mit dem Organ des Bundes der Landwirthe einmal ganz einer Meinung sein zu können. Bei der „Deutschen Tageszeitung“ ist diese Erkenntniß freilich kein Wunder. Es giebt einen Minister, der das Treiben des Bundes der Landwirthe einmal „staatsgefährlich“ genannt hat. Gegenwärtig glaubt der Bund zwar Obergewalt zu haben. Aber es kann auch einmal eine Zeit kommen, wo die Spitzen des Gezeiges sich gegen den Bund selbst richten. Daher das im übrigen durchaus gerechtfertigte Bedenken des Bundesorgans.

Ein komisches Intermezzo sei in Anknüpfung an diese Auslassungen der „D. Tageszeit.“ eingeflochten. Ein Hauptorgan des Bundes der Landwirthe in Westpreußen, die conservative „Esbinger Zeitung“, läßt sich mit folgenden elegant abgefaßten Sätzen vernehmen:

Heute schon schlägt die ganze liberale und demokratische Presse fürchterlich gallos und ereifert sich über die neue Novelle, die mit ihren „Kaufschuh-Paragrafen“ eine neue „Umsturzvorlage“ sei. Dieser tendenziöse Lärm bedeutet weiter nichts, als ein „Sturm im Wasserglas“. Als wir die Anglistreie

artig gestiegen, daß die Kraft eines Mannes allein nicht ausreichte, um dem immer stärker hervortretenden Bedürfnisse gerecht zu werden. Deshalb ist es mit Freude zu begrüßen, daß zwei Aerzte, die Herren Doctoren Helmbold und Francke, welche in ihrer früheren Thätigkeit an großen akademischen Heilanstalten bedeutende klinische Erfahrungen erworben haben, in der Weidengasse 4a und 4b eine Augenklinik eröffnet haben, welche allen Anforderungen entspricht, die nach dem heutigen Standpunkte der Heilkunde an eine solche Anstalt gestellt werden können.

Die Klinik ist in den ersten Etagen der beiden großen Gebäude eingerichtet, welche die Ecke der Weiden- und Strandgasse bilden, und enthält zur Zeit in 15 Zimmern 28 Betten, von denen 14 auf die Männer- und 14 auf die Frauenstation kommen. Die Lage des Grundstückes ist außerordentlich günstig für eine Augenklinik. Die hohen geräumigen Zimmer sind luftig und hell, und der Blick fällt auf das grüne Laub der Bäume, die den Schmuck der Strand- und Weidengasse bilden. Mehrere Zimmer sind mit Balkons versehen, so daß die Patienten im Sommer sich im Freien aufhalten können. Dazu kommt noch der günstige Umstand, daß der Verkehr in der sehr breiten Weidengasse an dieser Stelle verhältnismäßig schwach ist, so daß Störungen durch den Lärm des Straßenverkehrs und durch starke Staubanhäufungen nicht zu befürchten sind. Schließlich ist noch der Moment von Vortheil, daß die Klinik in ziemlicher Entfernung von den staatlichen und privaten Betrieben liegt.

Neben den Betten für unbemittelte Patienten sind auch Zimmer für wohlhabende Kranke sowohl in der Männer- als auch in der Frauenstation eingerichtet, welche sich durch einen ge-

der ultramontanen, freisinnigen und linksliberalen Blätter durchflogen, überkam uns ein recht möhliges Gefühl. Weshalb denn diese höllische Angst, dieses Anfechtlottern, dieses Heulen und Zähneklappern ob des neuen Vereins- und Versammlungsgefeh-Entwurfs, wenn die Herren wegen ihrer politischen Agitationsweise ein ganz ruhiges Gewissen haben könnten? Warum regen sich denn nicht die Conservativen, nicht die Bündler darüber auf?

Mit dieser tönenden Expectoration vergleiche man die obigen Ausführungen des führenden Organs des Bundes. Wer soll da ernst bleiben! Die Conservativen als solche freilich, das ist richtig, sind „voll und ganz“ Freunde der Vorlage, nicht wegen ihres „ruhigen Gewissens“, sondern weil sie ihrer ganzen Weltanschauung nach die wahren Freunde von Volksrechten und politischen Freiheiten gewesen sind, weil sie meinen, daß sie von dem Gehe keinen Schaden haben werden, sondern nur Nutzen durch Anebelung aller Gegner, und weil sie ferner darauf rechnen, daß ein hieraus sich entwickelnder Conflict ihnen das Heft ganz in die Hände spielen wird. Jetzt hat nun also endlich die „Arenzeitung“, das führende Junkerorgan, das bisher beobachtete Schweigen gebrochen, und wie nicht anders zu erwarten war, spricht sie sich mit Behagen und Zuversicht über die Novelle aus. Es wird uns hierzu auf dem Drahtwege berichtet:

Berlin, 15. Mai. (Tel.) Die „Arenzeit.“ führt in ihrer heutigen Morgen-Ausgabe aus, in Frage könnte kommen, ob nicht außer den Repressivmaßregeln auch Präventivmaßregeln vorzuziehen sind. Diese Erwägung sei für die Conservativen aber kein Grund, dem Zustandekommen der Vorlage ihre Hilfe zu versagen. Andererseits werde man sich auf wesentliche Abschwächungen nicht einlassen können. Die Regierung müsse, nachdem sie den Entwurf einmal eingebracht habe, auch auf der sofortigen Durchberathung derselben in beiden Häusern bestehen und dürfe ihn erst dann preisgeben, wenn jede Hoffnung auf ein Zustandekommen geschwunden sei. Hier könne die Regierung ihre Festigkeit und ihr Zielbewußtsein betheiligen. Wenn das geschieht, dann könne man den Waplen im nächsten Jahre mit Ruhe entgegensehen, und selbst ein unglücklicher Ausfall der Wahlen würde dann zu Beforgnissen um die Zukunft des Vaterlandes keinen Anlaß geben.

Was die hier berührten „Präventivmaßregeln“ anlangt, so theilt der nationalliberale „Sannoo. Cour.“ mit, vor dem jetzigen Entwurf habe ein noch schärferer Entwurf bestanden, der neben Repressiv- auch noch die von der deutsch-conservativen Partei lebhaft beschworenen Präventivmaßnahmen verlangte. Der Entwurf sei schon früher am Widerspruch der Freiconservativen gescheitert.

Die „Conf. Correspond.“ äußert sich über den Entwurf wie folgt:

Ueber die Stellung der Conservativen zu dieser Vorlage können wir uns im einzelnen selbstverständlich nicht äußern, bevor die bezüglichen Berathungen in der Fraction stattgefunden haben. Social aber steht heute schon fest, daß unsere Parteigenossen dem Gesetzentwurf im ganzen sympathisch gegenüberstehen und ersichtlich hoffen, denselben noch in dieser Session unter Dach zu bringen.

Die freiconservative „Post“ fängt bereits an, Einzelheiten, d. h. die Kaufschuhbestimmungen über die Auflösung von Vereinen und die Schließung von Vereinen zu kritisieren, selbstverständlich lediglich zu dem Zweck, einen Theil der Nationalliberalen für eine Amendmentung der Artikel I. und III. zu gewinnen. Indessen werden die Nationalliberalen sich doch gewiß keiner Täuschung darüber hingeben, daß, wenn ein Theil von ihnen den Conservativen zu einer Densheit verhilft, damit der Einfluß der nationalliberalen Partei auf die Politik vermindert würde. Daß die Partei auf dem Delegirtenkongress im October v. J. ausdrücklich jede

diegenen Comfort auszeichnen. Troßdem der erste Zweck der Räumlichkeiten jedes Zuviel von Ausschmückung verzieht, da ja nach der Operation vor allem das Auge des Leidenden zu schonen ist, wird doch durch die gegebene Ausstattung der Utenfilien ein Gefühl von Behaglichkeit erzeugt, welches auf den Kranken wohlthuend einwirken muß. Die Bettgestelle sind den hygienischen Forderungen entsprechend aus Eisen hergestellt, doch ist die Form so gefällig, daß sie einen eleganten Eindruck machen. Sophas und Polsterstühle, sowie schöne Mahagonimöbel verstärken noch den wohligen Eindruck. Die Zimmer für die Patienten dritter Klasse sind einfacher eingerichtet, doch überraschen auch hier sämtliche Utenfilien durch ihre praktische und dabei doch gefällige Form. Da in jedem Zimmer nur einige Betten stehen, ist die Luft zu jeder Zeit gut, und da ferner die Wände mit Desinficir gestrichen sind, so daß sie ebenso wie der Fußboden gewaschen und desinficirt werden können, so ist genügend dafür gesorgt, daß die Entwicklung jener unheilvollen kleinsten Lebewesen unterdrückt wird. In der Klinik befindet sich weiter ein Operationsraum, welcher mit einem Operationsstisch und mit zahlreichen Instrumenten neuester Construction ausgerüstet ist, die nach einem sehr sinnreichen Verfahren nach jedem Gebrauch aseptisch gemacht und dann in luftdichten Behältern aufbewahrt werden. Schließlich wollen wir noch der geräumigen Küchenräume gedenken, in denen die Speisen für die Kranken zubereitet werden. Aus der Küche wird auch der heiße Dampf, welcher zur Herstellung der Warmbäder dient, in die Badestube geleitet.

Eine volle Gewähr für das Gedeihen der Klinik bietet die bisherige Thätigkeit der beiden leitenden Aerzte. Hr. Dr. Helmbold war mehrere

reactionäre Verschlechterung des Vereinsgesetzes abgelehnt hat, ist bekannt. Sollten die Artikel 1 und 3 fallen, so würde allerdings für den Rest der Vorlage — den Ausschluß der Minderjährigen aus politischen Vereinen und Versammlungen einbegriffen — vielleicht mit Hilfe der Freiconservativen eine Mehrheit zu beschaffen sein, aber mit einem so mageren Erfolg würde das Herrenhaus sich nicht zufrieden geben. Man möge sich also nicht in absolute Sicherheit wiegen lassen, wenn auch die Aussicht, daß Herr v. d. Reche als Sieger aus diesem Kampfe gegen das Versammlungs- und Vereinsrecht hervorgehen werde, unsicher ist.

In dem von uns schon erwähnten Artikel der nationalliberalen „National-Zeitung“, worin der Vermuthung Ausdruck gegeben wird, daß die reactionären Elemente im Ministerium Eile haben, eine Krisis herbeizuführen, heißt es zum Schluß: „Wenn den Fürsten Hofenlohe die nahezu vollständige Isolirung innerhalb des Staatsministeriums, dessen Präsident er ist, noch nicht zum Verzicht auf diese Stellung veranlaßt hat, so bleibt die Aufklärung über die Gründe hierfür von dem weiteren Verlauf der Dinge zu erwarten.“

Berlin, 15. Mai. Die Nationalliberalen im Reichstage haben beschlossen, dem dort eingebrachten Antrage auf Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine unter einander zwar zuzustimmen, ihn aber vorläufig wenigstens nicht zu unterschreiben, angeblich weil sie erst das Ergebnis der Verhandlungen im Abgeordnetenhaus abwarten wollen.

Politische Tageschau.

Danzig, 15. Mai.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus übermies am Freitag den Gesetzentwurf über die Entschädigung für Verluste durch Schweinekrankheiten in Schlesien an die verstärkte Agrarcommission nach einer dreistündigen Debatte, worin von conservativer Seite betont wurde, das Gesetz würde ohne vollständige Grenzsperrre gegen Rußland unwirksam sein. Abg. v. Röllchen (cons.) ging sogar so weit, daß er sagte, das Gesetz müsse hinausgeschoben werden, bis Klarheit darüber geschaffen sei, ob wir eine Regierung haben, die fest entschlossen sei, die deutsche Landwirtschaft zu schützen. Mit dem Schwanken, dem ewigen Hin und Her der gegenwärtigen Regierung könne es nicht ewig weitergehen.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es hierbei auch zwischen dem Landwirtschaftsminister Frhrn. v. Hammerstein und den Abgg. Camp (freicons.) und Ring (cons.), welche in der Angelegenheit des Thierarztes Arnold eine Ehrenklärung für diesen verlangten. Der Minister verließ schließlich in großer Erregung den Saal, indem er die Thür hinter sich geklopftvoll in's Schloß warf.

Bei der Berathung der Vorlage wegen einer Neuregelung des Verwaltungsstreitverfahrens bei Zwimberhandlungen gegen die Zollgesetz erklärte auf mehrfache Anregungen bezüglich der Einsetzung einer amtlichen Auskunftsstelle für Preußen in Zollfreiheiten der Finanzminister v. Miguel, daß Preußen allein eine allgemeine Auskunftsstelle nicht einrichten dürfe ohne gegen die Zollhoheit des Reiches zu verstößen; übrigens sei die Frage beim Reiche angeregt, begegne aber ganz außerordentlichen Schwierigkeiten.

Der Entwurf ging darauf an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Sonnabend stehen kleine Vorlagen auf der Tagesordnung.

Jahre in Königsberg und in Halle a. S. an den dortigen Universitätsklinik als Assistent thätig und hat im Sommer 1895 im Auftrage des Petersburger Blinden-Curatoriums eine Expedition zur Behandlung Augenkranker nach Rußland unternommen, die von wesentlichem Einfluß auf die Erweiterung seiner klinischen Erfahrungen gewesen ist. Herr Dr. Francke war gleichfalls mehrere Jahre lang als Assistent in der Greifswalder Universitäts-Augenklinik thätig. Der Betrieb der Klinik ist bereits vom Bezirksauschuß genehmigt. Die Klinik ist während der kurzen Zeit ihres Bestehens schon stark in Anspruch genommen worden und es sind in ihr seit Anfang dieses Jahres bereits fünfzig größere Operationen, darunter acht Caaroperationen, mit gutem Erfolge ausgeführt worden. Die Behandlung ist unentgeltlich und die Patienten haben nur die Kosten für Verpflegung zu zahlen. Wenn nun die Armenverbände und die interessirten Berufsgenossenschaften die Klinik in irgend einer Form subventioniren würden, so sind die Inhaber derselben natürlich in der Lage, den Verpflegungsatz zu ermäßigen, so daß dann die ganze Provinz von der Klinik, die mit leichter Mühe stark erweitert werden kann, Vortheile haben würde. Die Anfänge sind bereits gemacht, denn es hat nicht nur die städtische Verwaltung einen Theil ihrer Armen der Klinik überwiesen, auch einzelne Berufsgenossenschaften haben der Klinik schon Aranke zugeführt. Da ferner nicht allein die königl. Staatsregierung, sondern auch der Provinzialverband dem neuen Unternehmen sehr sympathisch gegenübersteht, so ist zu hoffen, daß in unserer Provinzialhauptstadt auch auf dem Gebiete der Augenheilkunde eine Heilstätte entsteht, welche sich unseren berühmten Krankenhäusern würdig zur Seite stellen kann.

Stadtverordneten-Sitzung am 14. Mai. ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Die Versammlung nimmt zunächst Kenntnis ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Als erster Beschlussgegenstand steht ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Trag auf Annahme des Neubauer'schen laute. ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Genehmigt wird dann die Verpachtung ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Zur Berathung kommt sodann die Haupt- ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Herr Oberbürgermeister Delbrück: Diese Vorlage ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Erweiterung der Anlage sehr kostspielig werden. ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Herr Oberbürgermeister Delbrück: Die Bedürfnis- ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

jezt durch die Verhältnisse der Stadt geradezu auf- ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Herr Stadtrath Ehlert würde als Kämmerer nichts ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Herr Dr. Lehmann sprach dann in längerer Aus- ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Es gelang nunmehr ein Antrag auf Schluss ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Reconstruction am Stadthurme. Zu der ... Herr Oberbürgermeister Delbrück ...

Verantwortlicher Redacteur Georg Sander in Danzig ...